

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 20.45 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsfrau Herta Everwien

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Jürjen Heinks

(bis 19.50 Uhr)

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsherr Friedhelm Merkentrup

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

(bis 19.50 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

(bis 20.40 Uhr)

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

(bis 19.25 Uhr)

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Werner Vollprecht

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders
Ratsherr Hermann Züchner

(ab 18.05 Uhr)

F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Ewald Fürst
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

5 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Er möchte besonders Herrn Woldmer begrüßen, dem als Teilnehmer an dem Wettbewerb für den Förderpreis des Deutsch-Russischen Forums für Bürgerengagement in deutsch-russischen Städtepartnerschaften vom Bundespräsidenten a. D. Richard von Weizsäcker in Berlin die Ehrenmedaille "Förderpreis 2000" überreicht worden sei.

Allen sei bekannt, dass Herr Woldmer seit 11 Jahren mit der Drehorgel durch die Stadt gehe, und um diese Zeit treffe man ihn als Weihnachtsmann an. Was dabei zusammenkomme, gehe nach Archangelsk, wo noch große Not herrsche und Hilfe immer willkommen sei. Er möchte heute stellvertretend für alle ehrenamtlich Tätigen, die anderen in Not geratenen Menschen helfen, Richard Woldmer mit einem Blumenstrauß Dank sagen und ihm für seine weitere Arbeit alles Gute wünschen.

Es sei üblich, dass den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung bis heute einen runden Geburtstag gefeiert hätten, ein Blumenstrauß überreicht werde. Es seien dies Frau Everwien (40), Frau Pohlmann (50), Frau Kaune (60) sowie Herr Leeker, der seinen 70. Geburtstag begangen habe.

(Frau Schmidt-Reinders nimmt an der Sitzung teil.)

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass zu TOP 22 drei Anträge zugestellt worden seien, die sich mit der Regelung von Sonderfällen beim neuen Müllwiegensystem befassen.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/16/3
Bildung des Schulausschusses;
Benennung eines neuen sonstigen stimmberechtigten Mitgliedes

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung des Schulausschusses fest:

Sonstige stimmberechtigte Mitglieder:

Vertreter der Elternschaft

Für Herrn J. Peter Böhmer wird benannt:

Herr Prof. Dr. Thomas Dunz, Ewerweg 10, 26723 Emden

1. Stellvertreter/in:

Für Frau Bärbel Löns wird benannt:

Herr Gerhard de Wit, Douwesstr. 20, 26721 Emden

2. Stellvertreter/in:

Frau Gertrud Hoogestraat, Fokko-Ukena-Str. 13, 26721 Emden

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/9/7
Umbildung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung des Sportausschusses fest:

Beratende Mitglieder:

Für Herrn Gerhard Ocken wird benannt:

Herr Wilhelm Wiechmann, Platanenstr. 26, 26725 Emden.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

- Punkt 6: Vorlage 13/568/2
Mitgliedschaft in der Delegiertenversammlung zum Seniorenbeirat
- Beschluss: Der "Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V.", Kreisverband Emden, wird in das Verzeichnis der in der Altenhilfe tätigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste (§ 5 Abs. 1 Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates in der Stadt Emden) aufgenommen.
- Ergebnis: einstimmig
- Punkt 7: Vorlage 13/12/3
Besetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden;
Wahl eines neuen Mitgliedes
- Beschluss: Der Rat stellt folgende Neubesetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse fest:
- Als stellvertretendes Mitglied für Frau Marianne Janssen wird
- Frau Insa Lottmann
- an Stelle von Frau Gertrud Rehling gewählt.
- Der Beschluss des Rates vom 28.09.2000 zur Vorlage 13/12/2 wird aufgehoben.
- Ergebnis: einstimmig
- Punkt 8: Vorlage 13/1397
Ernennung eines Feuerwehrmannes zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Borssum
- Beschluss: Der Feuerwehrmann Rudolf Janssen ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Borssum zu ernennen.
- Ergebnis: einstimmig
- Punkt 9: Vorlage 13/1351/1
Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001

Herr Hemken führt aus, das alte Sprichwort "Erst wägen, dann wagen" gelte besonders für diesen Haushalt. Ebenso sollte der allgemeine Haushaltsgrundsatz "Einnahmen nicht überschätzen und Ausgaben nicht unterschätzen" beachtet werden, um zu verhindern, dass man allzu schnell in ein schwarzes Loch falle.

Es gehe natürlich in erster Linie um die Einnahmen und Ausgaben, und zwar um das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben zueinander. Bei den Einnahmen sei die Gewerbesteuer der Aktivposten, der besondere Beachtung finde, aber auch die Einkommensteuer.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Letztere müsse dafür herhalten, dass mit ihr Steuerpolitik gemacht werde, die auf Mark und Pfennig nicht vorhersehbar und mit erheblichen Risiken behaftet sei.

Wenn die Steuereinnahmen hoch seien, falle der Finanzausgleich niedriger aus und umgekehrt. Es könne auch passieren, dass man nicht nur keinen Finanzausgleich erhalte, sondern sogar zahlen müsse. Auch davor müsse man auf der Hut sein.

Die Müllgebühren hätten bis zum heutigen Tage auf dem Prüfstand gestanden, nicht nur um der Gerechtigkeit willen, sondern es bestehe die Pflicht der Auskömmlichkeit. Auch das müsse beobachtet werden. Das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben zueinander habe für das Jahr 2001 eine besondere Rolle gespielt, weil man es endlich nach sieben Jahren durch gemeinsame Anstrengungen geschafft habe, Einklang herzustellen.

Im Vermögenshaushalt komme es einerseits auf eine zeitnahe Darstellung der Ausgabenansätze an, andererseits müsse es möglich sein, bei geeigneten Zuschussmaßnahmen möglichst schnell reagieren zu können. Was die Sanierung des Frisia-Geländes angehe, so sei man auf dem besten Wege, dieses Projekt in 2001 auf den Weg zu bringen.

Der Haushaltsentwurf sei in den Ausschüssen eingehend beraten worden, und er möchte sich an dieser Stelle noch einmal für die faire Diskussion bedanken, die dazu geführt habe, dass der Haushalt 2001 ausgeglichen geblieben sei.

Herr Hemken gibt sodann die Zahlen der Haushaltssatzung bekannt wie in der Anlage zur Vorlage im Einzelnen aufgeführt. Der VA habe mehrheitlich empfohlen, diese Haushaltssatzung mit den von den Fachausschüssen empfohlenen Änderungen zu verabschieden.

Herr Leeker macht folgende Ausführungen:

"Der Haushalt 2001 ist bei der Vorstellung durch die Verwaltung gewürdigt worden

- als der erste ausgeglichene Haushalt nach der Misere der 90er Jahre
- als der Haushalt, der den Nachholbedarf befriedigt, der sich in den langen Jahren seit dem 1. Drittel des letzten Jahrzehnts angesammelt hat
- als der Haushalt, der Investitionen vor allem für die Zukunftssicherung der Stadt beinhaltet, das sind Investitionen vor allem im Bereich der Wirtschaftsförderung, aber auch im Bereich der Schulen, um die wichtigsten zu nennen.

Ich möchte vermeiden, dass wir uns gegenseitig auf die Schulter klopfen ob unserer Tüchtigkeit, das zustande gebracht zu haben. Der erste Dank gebührt den Menschen, die ihre Steuern bezahlt und somit dazu beigetragen haben.

Ich meine aber auch, dass viele Wünsche erfüllt worden sind und wir mit dieser Entwicklung alle sehr zufrieden sein können. Meine Fraktion hat einen Katalog von 80 Anmeldungen und Projekten zusammengetragen bei den Gesprächen in meinem Büro, vor allem aber auch bei den Gesprächen im Rahmen der offenen Fraktionssitzungen. Es ist nur ein Teil befriedigt worden, aber ich denke, ein sehr wesentlicher Teil ist befriedigt worden.

Gleichwohl wissen wir, dass wir uns mit den übrigen Wünschen noch beschäftigen müssen, denn jeder, der Wünsche geäußert hat, hat sie natürlich als besonders wichtig dargestellt. Wir haben viele Anregungen in Richtung Verwaltung transportiert und sie mit entsprechenden Vermerken versehen. Manches haben wir im Haushalt wiedergefunden, andere Dinge haben wir eingebracht und beschlossen, sie sind Gegenstand des Haushaltes.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Gleichwohl registrieren wir auch Unzufriedenheit unter den Menschen, die da meinen, dass ihr Stadtteil, ihr Ortsteil nicht ausreichend bedacht worden ist. Dafür haben wir Verständnis, aber es steht, wie schon gesagt, nur ein bestimmtes Volumen zur Verfügung, und wir haben gemäß den Vorstellungen des Kämmerers dieses nicht überschritten.

Wir meinen aber, dass wir uns künftig auch bei unseren Aussagen etwas zurückhalten müssen, denn manche in dieser Stadt meinen inzwischen, dass wieder eine goldene Zeit angebrochen ist und Geld unbegrenzt zur Verfügung steht. Jeder weiß, dass der Nachholbedarf noch sehr groß ist, und die Schlaglöcher in der Innenstadt erinnern uns täglich daran, dass wir bei weitem noch nicht das getan haben, was dringend notwendig erscheint.

Wir haben den Auftrag und den Willen, das positive Klima in dieser Stadt zu unterstützen. Man sollte bei der Darstellung des Aufwandes daran denken, dass es sich um eine Luftbewegung handelt, die von der Sonne abhängig ist, und das ist in diesem Falle die Konjunktur. Hoffen wir, dass die Konjunktur noch lange scheint.

Wir haben im Hinterkopf natürlich die Probleme, die uns bedrücken. Die Arbeitslosigkeit betrug im Oktober/November d.J. noch 12 %, im Durchschnitt der alten Bundesländer lag sie bei 7,1 %. Im November hat sich die Situation etwas gebessert, aber weiterhin ist die Differenz zu den übrigen Bundesländern auf der graphischen Darstellung doch sehr beträchtlich.

Der Rückgang der Bevölkerung in unserer Stadt ist ebenfalls beunruhigend. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass wir Einwohner verloren haben durch Abwanderung. Es ist weiterhin so, dass in unserer Stadt nicht übermäßig viele qualifizierte Arbeitsplätze neu entstehen. Bei allen Neuansiedlungen ist der Teil für akademische oder besonders ausgebildete Berufe doch nicht so hoch, wie er sein müsste, um einen wesentlichen Teil der Absolventen unserer Schulen und der Fachhochschule unterzubringen.

Wir haben eine faire Diskussion geführt, allerdings waren die Wünsche unterschiedlich, und so wird es auch heute ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten geben, wie bereits in den Ausschüssen angekündigt. Wir haben die Wünsche der anderen Fraktionen überdacht und uns Mühe gegeben bei der Abwägung, was denn nun berücksichtigt werden kann. Dabei sind wir allerdings zu einem Ergebnis gekommen, das unserem Profil entspricht.

Es wird vielleicht der Eindruck von Arroganz der Macht aufkommen. Arroganz der Macht kann man dort nicht vermuten, wo jemand Macht in einer Demokratie zeitlich begrenzt ausübt im Interesse der Wähler. Dass wir dabei jeder unser Profil im Auge haben und unsere Klientel, die uns gewählt hat, ist nur natürlich.

Wir haben ein Programm vorgelegt zu Beginn der Wahlperiode, und danach wurde abgestimmt. Wir haben eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung gehabt unter Beachtung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, die die Rechte der Verwaltung und auch des Rates eindeutig regelt. Wir haben das Haushaltsrecht und den Teil, den wir ausfüllen konnten, entsprechend ausgefüllt. Ich denke auch, dass der Rat dieser Stadt die Kontrollfunktion wahrgenommen hat.

Wir haben den Haushalt sehr sorgfältig überlegt und mit großem Zeitaufwand durchforstet, so dass wir den Eindruck gewonnen haben, dass wir diesem Haushalt weitgehend zustimmen können bis auf die Dinge, die wir ausdrücklich in den Ausschüssen anders beschließen haben.

Im Laufe der Beratungen wurde von der CDU-Fraktion eine andere Prioritätenliste vorgelegt als wir sie haben, um es genau zu sagen, wir haben andere Straßen benannt als Sie. Sie haben vor allem darauf hingewiesen, dass wir Gelder aus den Mitteln für den Bahnhofsvor-

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

platz nehmen sollten, während wir anderer Meinung sind, insbesondere im Hinblick auf die Zuschussmittel, die in unserer Stadt Arbeitsplätze sichern.

Es ist erfreulich, dass wir in unserer Stadt zurzeit so viele Bauhandwerker beschäftigen können, und wir möchten natürlich mit Geldern, die woanders herkommen, diese Situation gern fortsetzen. Die Grünen waren der Meinung, dass wir den Verwaltungshaushalt verändern sollten. In einer langen Diskussion ist dargestellt worden, dass der Kämmerer besondere Risiken in diesem Bereich sieht, und ich meine, wir können uns diesen Argumenten, die vorgetragen worden sind, nicht verschließen, wohl wissend, dass wir mit dem Geld nicht die Zahl an Kinderspielplätzen zustande bringen können, die Sie erwarten, aber immerhin werden es vermutlich drei sein.

Wir haben uns bezüglich der Inkontinenzkranken miteinander unterhalten und sind zu unterschiedlichen Meinungen gekommen. Wir sind der Ansicht, dass man den Menschen so viel wie möglich behilflich sein sollte, ihre gesundheitlich bedingten Schwierigkeiten zu bewältigen, das Ganze aber bezahlbar sein muss.

Ich bin also der Überzeugung, dass wir uns ausreichend mit den Vorschlägen der anderen Fraktionen beschäftigt haben, die in diesem Jahre nicht übermäßig zahlreich waren. Der Haushalt 2001 ist nach der geglückten Konsolidierung vor allem ein Haushalt der Zukunft mit Perspektiven für die Stadt wie im Einzelnen dargelegt.

Wir bemühen uns seit 20 Jahren darum, weitere Standbeine für unsere Stadt zu schaffen. Wir wissen, dass der Tourismusbereich dadurch Belebung erfährt, dass wir die Kunsthalle weiterhin massiv unterstützen. Wir freuen uns, dass der Umbau des Landesmuseums in Gang kommt. Ich denke, dass diese beiden Einrichtungen zusammen mit der à Lasco Bibliothek künftig ein Magnet für unsere Stadt sein werden. Ein Anziehungspunkt in der zweiten Reihe sind die Ferienorte in Ostfriesland.

Wir haben es mit viel Glück erreicht, dass das Frisia-Gelände saniert wird, und damit wird eine Gewerbefläche bereitgestellt, die bisher als Vorratsgelände in Emden noch nicht vorhanden war. An dieser Stelle möchte ich dem Oberbürgermeister danken für seine Verhandlungsführung und allen Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes, die beteiligt waren. Wenn alles so eintrifft, wie wir es erhoffen, wird die neue Philosophie von VW bei uns in der Stadt eine Heimstatt haben, nämlich die Ansiedlung von Zulieferfirmen direkt vor den Toren des Werkes.

Wir haben einen sehr großen Betrag für Schulen ausgegeben und setzen das fort, was in den letzten Jahren wieder begonnen werden konnte. Meine Fraktion hat mit großem Aufwand immer wieder verlangt, dass mit den Grundschulen begonnen werden soll. Die Beschlüsse sind in diesem Jahr gefallen, und die Finanzierung beginnt im nächsten Jahr. Der Baubeginn hat ebenfalls stattgefunden, zumindest an einer Schule. Hoffen wir also, dass die anderen folgen.

Ich meine, dass es sehr wichtig ist, dass wir diese neue Schulbaurunde bzw. die Neuausstattung der Schulen begonnen haben. Gerade im Vorschulalter und in der Grundschule wird Lernen gelehrt. Diese Schulform ist sehr wichtig für das lebenslange Lernen, was künftig eine immer größere Rolle spielen wird. Wenn es uns gelingt, die Zahl der Ungelernten, die noch 20 % beträgt, zu reduzieren, ist das auch für den Sozialhaushalt unserer Stadt von Bedeutung, denn wer nicht gelernt hat, hat keine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Ich hoffe, dass nach den Hauptschulen, die auch bedacht worden sind, jetzt in den nächsten Jahren die übrigen Schulformen wieder profitieren werden, sofern sie nicht schon profitiert haben, und dass es uns insgesamt gelingt, den Schulstandort Emden so aufzupolieren, wie er vor etwa 10 Jahren war.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass bei den verschiedenen Wettbewerben die Schulen aus Emden besonders gut abgeschnitten haben. Das bestärkt uns in der Meinung, dass sich Investitionen auf diesem Gebiet lohnen. Wenn man liest, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der Nordwest-Region kleiner ist als im übrigen Niedersachsen, dann wird das darauf zurückzuführen sein, dass gerade in dieser Region auf Ausbildung massiv Wert gelegt und das berufliche Ausbildungswesen stärker gefördert wurde. Allerdings erinnere ich daran, dass ein Großteil der Menschen, die in Emden ausgebildet werden, leider unsere Stadt verlassen muss.

Ich denke, wir haben einen soliden Haushalt vor uns liegen, mit dem wir vieles bewältigen können, was für unsere Stadt wichtig ist. Meine Fraktion hat beschlossen, dass wir dem Haushalt zustimmen werden und ihn bei der Durchführung unterstützen. Ich bedanke mich fürs Zuhören."

Herr Janßen nimmt namens seiner Fraktion wie folgt Stellung:

"Mit dem Haushalt 2001 ist uns erstmalig nach langer Zeit wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt worden, für den nicht außergewöhnliche Einnahmen, sondern zum großen Teil die Erfolge der Haushaltskonsolidierungsgespräche der letzten Jahre maßgeblich waren.

Der uns vorgelegte Entwurf ermöglicht es, Initiativen zu entwickeln, an die wir in den letzten Jahren nicht mehr zu denken gewagt hätten. Und dieses trotz Maßnahmen des Bundes und des Landes, die fast ausschließlich zulasten der Kommunalhaushalte gefasst wurden.

Trotz erhöhter Steuereinnahmen der SPD-Landesregierung profitierten die Städte und Gemeinden nicht davon. Noch in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Glogowski am 28.10.1998 war zum kommunalen Finanzausgleich versprochen worden: "...das bei Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleiches durch die Umsetzung der Vorgaben des Staatsgerichtshofes, dieses zu einer Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um ca. 300 Mio. DM führen würde." Der damalige Fraktionsvorsitzende und heutige Ministerpräsident Gabriel hat sich vergleichbar eingelassen.

Wenn alle Versprechungen eingehalten und die Belastungen durch Bundes- und Landesgesetze dem Verursacher in Rechnung gestellt würden, hätten die Städte und Gemeinden keine Probleme mehr.

Die Städte und Gemeinden sind zur Melkkuh degradiert worden.

Trotz dieser Situation ist im Haushalt 2001 der Stadt Emden die Möglichkeit entstanden, über den Vermögenshaushalt einige Vorhaben zu verwirklichen, die seit langem im Forderungskatalog der CDU-Fraktion enthalten waren und sind.

Hier ist der Bau bzw. Umbau von drei Grundschulen zu nennen. Durch eine neue Art der Planung und Finanzierung ist es gelungen, gleichzeitig die Schule **Constantia** und die Schule **Petkum/ Widdelswehr** zu bauen und die Schule **Wolthusen** durch einen Anbau in einen schulgerechten Stand zu versetzen, wie es sich für eine Grundschule gehört. Vor wenigen Tagen fand der erste Rammschlag für diese Vorhaben stellvertretend in Petkum/Widdelswehr statt.

Diese und andere Bauvorhaben sind in dieser Zeit besonders wichtig, haben doch Firmen im Hoch- und Tiefbau große Probleme. Ihr Auftragsvolumen hat sich dramatisch verschlechtert. Die voraussagenden Äußerungen des Verwaltungsvorstandes, die eine Arbeitslosenquote von unter 10 % vorausgesagt haben, sind leider nicht eingetroffen.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Stand Arbeitslosenquote per November 2000: 12,9 %.

Es bleibt zu hoffen, dass die von uns geforderte Firmenansiedlungspolitik auch in den kommenden Jahren Erfolg zeigen wird, um dem Zustand der hohen Arbeitslosigkeit in Emden und Ostfriesland auf Dauer Einhalt gebieten zu können.

Erfreulicherweise ist es gelungen, den Bau eines Kindergartens in Larrelt voranzutreiben. Dies war eine langjährige Forderung meiner Fraktion.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verbände und Institutionen sind auf dem Stand des Haushaltes 2000 gehalten worden. Dieses findet unsere Zustimmung.

Aber die Stadtentwicklung macht uns zunehmend Sorgen. So sind z.B. der Anblick einer baufälligen Kaianlage im Binnenhafen, eine desolante Emsmauerstraße und eine nicht akzeptable Pelzerstraße nicht gerade förderlich für den Fremdenverkehr. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, und für den Bereich des Binnenhafens muss das Land Niedersachsen als Eigentümer auf seine Eigentümerverpflichtungen hingewiesen werden.

In diesem Zusammenhang begrüßt die CDU-Fraktion das Bemühen von Herrn Dr. Bretschneider als Vorsitzender des Förderkreises "Wehr- und Schiffahrtgeschichtliches Museum", ein U-Boot in den Binnenhafen zu legen. Die Verbindung mit dem Marineschiffbau ist gerade durch die Thyssen Nordseewerke besonders hervorzuheben, und die Besucherströme an anderen Standorten sind ein beredtes Beispiel dafür, wie fruchtbar sich solch ein Ausstellungsobjekt auf den Fremdenverkehr bemerkbar macht. Dass man ein solches U-Boot nicht vor den Besuchern verstecken darf, versteht sich von selbst.

Die Initiative von Herrn Dr. Bretschneider ist auch Zeichen dafür, dass sich in Emden eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich bereit findet, in Vereinen und Verbänden und auch in politischen Parteien tätig zu sein. Diese Ehrenamtlichkeit ist nicht hoch genug zu bewerten und verdient unsere Unterstützung. Ohne diese Personen wäre ein kommunales Leben schlichtweg undenkbar.

Die Situation des Frisia-Geländes scheint sich erfreulicherweise positiv zu entwickeln. Nach intensiven Gesprächen mit der Verwaltungsspitze hat sich die CDU-Fraktion dazu entschlossen, die Haushaltsposition DM 1 Mio. Frisia nicht anderweitig zu nutzen, sondern die Möglichkeiten der Sanierung des Frisia-Geländes uneingeschränkt zu fördern. Hier ist nach Jahrzehnten des Stillstandes endlich 'Leben in die Bude' gekommen. Dafür möchte ich der Verwaltung unseren Dank aussprechen.

Ich komme nun zu den Haushaltsberatungen 2001 und ihre Auswirkungen:

Nachdem die CDU-Fraktion sich aufgrund fehlender Informationen zu Anfang nicht dazu in der Lage sah, objektive und nachvollziehbare Haushaltsvorschläge zu unterbreiten, wurde - nachdem dieses nachgeholt worden ist - ein Forderungskatalog erarbeitet und dem Rat und der Verwaltung mitgeteilt.

Bei diesen Beratungen stellte sich sehr schnell heraus, dass in Teilen gleich lautende Vorschläge unterbreitet wurden. So sind die Maßnahmen Westerweg, Osterdieksweg, Fletumer Straße, Fuß- und Radweg Kloster-Langen-Straße und der Kindergarten Seeschwalbenstraße unstrittig. Auch der Zuschuss an die Sportvereine wie ISV, FT 03, Twixlum und Wybelsum in Höhe von 250.000 DM ist unstrittig und wurde von meiner Fraktion maßgeblich mit betrieben. Ohne eine vernünftige Unterstützung des Sportes durch Rat und Verwaltung wären die sozialen Probleme in unserer Stadt sicherlich um ein Vielfaches höher.

Die Vorschläge zum Haushalt 2001 aus meiner Fraktion heraus waren aber umfangreicher. Weil wir einen Ausbau des Bahnhofsvorplatzes in der Zeitschiene 2001 nicht sehen, haben

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

wir unsere Prioritäten anders gesetzt und mit unseren Anträgen lange überfällige Maßnahmen einleiten wollen.

- Wir forderten den Ausbau des zweiten Drittels der Mühlenstraße - die SPD-Fraktion lehnte ab.
- Wir forderten den Ausbau der Friesenstraße - die SPD lehnte ab.
- Wir forderten die Sanierung des Walles - die SPD lehnte ab.
- Wir forderten einen Architektenwettbewerb zur Gestaltung des "Alten Binnenhafens" - die SPD lehnte ab.
- Wir forderten einen Zuschuss Hallenbau Mühle Larrelt - die SPD lehnte ab.

Dass sich die SPD-Fraktion der Meinung des Verwaltungsvorstandes anschließt, die 1 Mio. DM für den Bahnhofsvorplatz im Haushalt zu belassen, ist für uns unbegreiflich. Unsere Prioritäten sehen anders aus.

Wie wollen Sie - meine Damen und Herren der SPD-Fraktion - den Bürgerinnen und Bürgern in Klein-Faldern erklären, dass nach einem Drittel der Baumaßnahme Mühlenstraße Schluss gemacht wird (Schilda lässt grüßen).

Wie wollen Sie - meine Damen und Herren der SPD-Fraktion - den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass sich die Friesenstraße weiterhin in einem unzumutbaren Zustand befinden soll.

Wie wollen Sie - meine Damen und Herren der SPD-Fraktion - den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass der Radweg Rysumer Landstraße (Siedlung) immer noch auf sich warten lässt.

Wie wollen Sie - meine Damen und Herren der SPD-Fraktion - den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass sich das Herzstück Wall in einem Zustand befindet, wie es sich für ein denkmalgeschütztes Objekt nicht gehört. Die Stadt Emden als Eigentümerin hat die Verpflichtung, dieses einmalige Kleinod zu erhalten und zu pflegen.

In diesem Zusammenhang herzlichen Dank an den Mühlenverein, der die Johanna-Mühle in hervorragender Weise restauriert, und an den Mühlenverein Larrelt, der Gleiches für die Mühle in Larrelt unternimmt. Dass es sich hier auch jeweils um Eigentum der Stadt Emden handelt, ist beredtes Beispiel dafür, wie fahrlässig die Stadt Emden mit ihrem Eigentum umgeht. Ohne die beiden Initiativen wäre Emden um zwei Kulturgüter ärmer.

Meine Damen und Herren, es nützt nichts, bei Veranstaltungen und Versammlungen sowie in Wahlkämpfen vollmundige Erklärungen abzugeben, wenn man sie nachher nicht in die Tat umsetzen kann oder will. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden haben ein Recht darauf, ehrlich informiert zu werden.

In den letzten Tagen wurde auch umfangreich über Sonderregelungen im Bereich der Müllabfuhr diskutiert und ohne auf die Ereignisse näher eingehen zu wollen, hält meine Fraktion an ihren Forderungen fest:

1. Die Freistellung von Windelabfuhr von 30 auf 36 Monate zu erhöhen (zwischenzeitlich durch Meinungsänderung der Verwaltung erledigt).
2. Die gebührenfreie Abfallgrenze für Menschen mit Vollinkontinenz auf 80 kg zu erhöhen.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

3. Für diese beiden Maßnahmen muss eine wöchentliche Abfuhr möglich gemacht werden.

Dies, meine Damen und Herren, war die Situation für unsere Vorschläge zum Haushalt 2001 bei der SPD-Fraktion. Die Prioritätenliste der SPD-Fraktion lag fest. Vorschläge meiner Fraktion wurden zur Kenntnis genommen und abgehakt. Es war - wie zu vermuten - eine Alibiveranstaltung der Mehrheitsfraktion. Insofern überraschte uns dieses Verhalten nicht. Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen."

Herr Renken gibt folgende Stellungnahme ab:

"Wir haben in den letzten Wochen wieder intensive Haushaltsberatungen geführt in der Fraktion und in den Ausschüssen. Das Ergebnis dieser Beratungen ist, dass wir Grüne den Haushaltsplan für 2001 und damit naturgemäß auch das Produktbuch ablehnen werden. Diese Ablehnung richtet sich nicht gegen den Kämmerer, denn an den Eckwerten des Haushaltes haben auch wir festgehalten. Der Grund ist vielmehr, dass wir in für uns wesentlichen Veränderungswünschen bei der SPD-Fraktion auf eine sture Verweigerungshaltung gestoßen sind. Herrn Hemken sei auch von unserer Seite nachdrücklich für seine Arbeit gedankt, die er mit der Vorlage des Haushaltsplanes 2001 zum letzten Mal für die Stadt geleistet hat, bevor er in den Ruhestand tritt.

Eckwerte des Haushaltes

Es ist äußerst erfreulich, dass es nach Jahren der Fehlbedarfe im Verwaltungshaushalt endlich wieder gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen. Dies ist zum einen Ergebnis der Haushaltskonsolidierung, zum anderen den wieder deutlich gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen zu verdanken. Dem Gewerbesteueranstieg ist es auch zu verdanken, dass trotz einer Deckelung der Kreditaufnahme durch die Bezirksregierung sich auch das Volumen des Vermögenshaushaltes sehen lassen kann. Die Verschuldung ist gebremst und geht sogar leicht zurück.

Herr Hemken hat uns ausführlich über die Risiken des Haushaltes informiert. In vielen Punkten konnten wir ihm folgen, in einigen jedoch nicht. Es ist nicht gut, wenn bereits während der Haushaltsberatungen offen über einen Nachtragshaushalt geredet wird, weil offensichtlich bei den Gewerbesteuereinnahmen gepokert wird. Das macht die Verwaltung unglaublich, vor allem wenn das Instrument des Nachtragshaushaltes in den vergangenen Jahren nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist.

Die Politik ihrerseits gerät in eine strategisch ungünstigere Situation, weil die Verwaltung über Nachtragshaushalte eigene Interessen besser durchsetzen kann. Deswegen sollte vom Rat eine vorausschauende und die Verwaltung verpflichtende Investitionspolitik betrieben werden.

Verwaltungshaushalt

Eine Besonderheit des kommunalen Haushaltsrechts macht uns bei den Haushaltsberatungen immer wieder zu schaffen. Eine Verschuldung ist nur zulässig, wenn eine neue Straße oder ein neues Gebäude gebaut wird. Wenn es jedoch darum geht, die personelle Besetzung von Kindergärten, Beratungs- und Anlaufstellen zu sichern oder die personelle Absicherung von Maßnahmen im Projekt "Soziale Stadt", dann ist eine Kreditaufnahme unzulässig. Die Überlegung, ob gebildete, zufriedene und gesunde Menschen einer Gesellschaft nicht sehr viel mehr zugute kommen als Asphalt- oder Betonkonstruktionen, spielt dabei keine Rolle.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Sicherlich ist es richtig, unter diesen Rahmenbedingungen die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes an der Höhe der mittelfristig zu erzielenden Einnahmen des Verwaltungsgshaushaltes zu orientieren. Das ist keine Garantie gegen künftige Defizitentwicklungen, aber eine Politik, die Vorsorge trifft gegen künftige Haushaltsrisiken. Insoweit tragen wir auch den Eckwertebeschluss zum Haushaltsplan 2001 weiterhin mit. Allerdings sind wir der Auffassung, dass dies nicht verbunden sein kann mit einer Stillhalte-Politik gegenüber den Vorschlägen der Verwaltung. Nein, es wird auch erwartet, dass der Verwaltungshaushalt Mittel der Gestaltung seitens der Politik ist.

Wir haben einige Änderungsvorschläge eingebracht. Im Verhältnis zum Volumen des Verwaltungshaushaltes sind diese nur marginal. Wir sind davon überzeugt, dass es der Verwaltung keine Mühe gemacht hätte, hierfür durch Umschichtung entsprechende Mittel bereitzustellen. Es fällt uns auch nicht schwer nachzuweisen, dass genügend flüssige Mittel von der Verwaltung im Verwaltungshaushalt eingebaut sind, um flexibel im Laufe des Haushaltsjahres Projekte neu aufzunehmen und haushaltsmäßig abzusichern.

Ich will dies noch einmal deutlich machen. Mein Fraktionskollege Hermann Züchner hat in den Ausschussberatungen feststellen können, dass allein im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt 1999 fast 2,5 Millionen DM zwar nicht verbraucht, aber angewiesen wurden. Damit konnten diese Mittel als Haushaltsreste in das Folgejahr übertragen werden. Nachzulesen im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden, da über- und außerplanmäßige Ausgaben der Kontrolle und der Beschlussfassung des Rates unterliegen. Es liegt jedoch auch auf der Hand, dass unsere Forderungen unter diesen Umständen nicht an fehlenden Mitteln gescheitert sind, sondern an der politischen Mehrheit in diesem Rat.

Deshalb sind wir überhaupt nicht zufrieden mit den Ergebnissen der Haushaltsberatungen. Die SPD-Fraktion war zu keinem Zeitpunkt bereit, über Änderungen im Verwaltungshaushalt mit uns zu sprechen. Offensichtlich hatte man Angst, die Begehrlichkeiten in den eigenen Reihen würden außer Kontrolle geraten, wenn man einer Stelle eine Tür aufmacht.

Ich sage es noch einmal, wir halten es grundsätzlich für falsch, wenn der Verwaltungshaushalt für unantastbar erklärt wird. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns an den Eckwertebeschluss des Rates gebunden fühlen. Für uns ging es also darum, durch Umschichtungen notwendige Projekte zu stärken oder neu aufzunehmen. Eine wichtige Erkenntnis für uns ist: Bereits bei der Beratung und Beschlussfassung des Eckwertebeschlusses müssen politische Schwerpunkte und Projekte seitens des Rates verbindlich für die Haushaltsplanung der Verwaltung mitbeschlossen werden.

Lokale Agenda und Prävention

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal Stellung beziehen zu einzelnen Forderungen, die uns wichtig waren in den Haushaltsberatungen. Die Verwaltung hat völlig unzureichende Ansätze für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 und die Präventionsarbeit in den Haushaltsplan eingestellt. Sie waren nicht bereit, meine Damen und Herren von der SPD, hier für eine Korrektur zu sorgen und zusätzliche Mittel bereitzustellen. In diesen Bereichen sind jedoch einstimmige Ratsbeschlüsse gefasst worden. Wenn diese ernst gemeint sind, und meine Fraktion nimmt sie ernst, ist es nur folgerichtig, seitens der Politik auch die erforderlichen Mittel für eine wirkungsvolle Umsetzung des politischen Willens in diesem Bereich bereitzustellen.

Wir haben diese Forderungen bereits bei den vorigen Haushaltsberatungen erhoben, seinerzeit hat auch die CDU-Fraktion eine bessere Ausstattung für die Prävention und für die Agenda 21 gefordert. Wir bedauern, dass Sie auch in diesem Jahr zu keinem Sinneswandel bereit waren. Ohne weitere Begründung hat die CDU ihre Forderungen fallen gelassen. Dies ist enttäuschend.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Filmfest

Das Emdener Filmfest ist das Publikumsfest in Niedersachsen. Wir sind uns mit der Volkshochschule und den Filmfest-Organisatoren einig, dass wir zukünftig mehr Mittel für das Filmfest bereitstellen müssen, wenn das bereits erreichte Niveau gehalten und sogar noch verbessert werden soll. Das digitale Tonsystem für das Neue Theater ist zweifellos ein wichtiger Baustein, eine Erhöhung des Zuschusses der Stadt ist ein zweiter. Nach unseren Informationen wird das Land Niedersachsen seinen Zuschuss im Jahr 2001 deutlich erhöhen. Allerdings erwartet man zu Recht, dass die Stadt mit ihrem eigenen Beitrag dagegenhält.

Wir sagen: Das Emdener Filmfest ist neben der Kunsthalle und der Johannes à Lasco Bibliothek das dritte kulturelle Highlight in unserer Stadt mit nicht nur überregionaler, sondern internationaler Bedeutung. Zu Recht betont die Volkshochschule, dass das Filmfest nicht zum Zankapfel im Parteienstreit werden darf. Gerade deshalb appellieren wir an Sie, überdenken Sie Ihre Position. Was für die Kunsthalle möglich ist, darf für das Filmfest nicht unmöglich sein.

Schule und Computer

Wir haben gesagt, es ist notwendig, für die Schulen eine Stelle zu schaffen für die Pflege und Wartung der dort installierten PC und die Einrichtung von Netzwerken. Es ist doch nicht zu Ende gedacht, das unstrittige, von allen Seiten begrüßte Investitionsprogramm für die Ausstattung der Schulen mit PC zu beschließen, wenn nicht gleichzeitig die notwendigen personellen Voraussetzungen für die optimale Nutzung der Geräte geschaffen werden.

Dies wird von der Verwaltung auch nicht bestritten. Sie weigern sich aber derzeit, dementsprechend zu handeln. Wir wissen, dass die Schulträger mit gutem Recht versuchen, das Land in die Pflicht zu nehmen, seinen Beitrag für die Ausstattung der Schulen mit Computern und dem Personal zu leisten. Wir unterstützen den Städtetag nachdrücklich bei seiner Forderung. Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass die Stellen bereits heute geschaffen werden müssen.

Das Land hat zunächst einmal angekündigt, in den nächsten drei Jahren insgesamt 75 Millionen DM für die Ausstattung der Schulen mit Computern bereitzustellen. Das sind ca. 3 Mark pro Einwohner im Jahr. Legt man diese Angaben zugrunde, könnte Emden rund 500.000 DM aus Mitteln des Landes erhalten. Wenn die Landesregierung Wort hält, könnte das Investitionsprogramm für die Schulen verbessert und beschleunigt werden und die an uns herangetragenen Wünsche nach einem höheren Ansatz erfüllt werden.

Zwangsarbeiter

Wir haben bereits Mitte dieses Jahres die Initiative ergriffen zum Thema Zwangsarbeit in Emden. Bedauerlicherweise konnte sich der Rat nicht dazu durchringen, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden. So ist es zunächst bei Absichtserklärungen geblieben. Wir haben versucht, im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Ansatz einzubringen, um die ortsgeschichtliche Bedeutung der Zwangsarbeit weiter aufarbeiten zu können, aber auch um Besuchsprogramme mit ehemaligen Zwangsarbeitern als Zeichen der Übernahme von Verantwortung und als Beitrag zur Versöhnung zu organisieren.

Erfreulicherweise war nun in der Presse zu lesen, dass die Gewoba einen Betrag von 5000 DM in den Zwangsarbeiterfonds einzahlen wird. Wie die Stadtwerke sich entschieden haben oder noch entscheiden werden, wissen wir nicht. Wir gehen aber davon aus, und da verlassen wir uns auf das Wort des Oberbürgermeisters, dass von dort ebenfalls ein Beitrag geleistet wird.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Angesichts der zögerlichen Haltung der meisten Betriebe und Unternehmen in der Stadt und in der Region ist dies ein gutes Zeichen. Wir appellieren noch einmal an die Unternehmen, diese Haltung aufzugeben. Und wir fordern die Industrie- und Handelskammer, aber auch die Handwerkskammer auf, das Engagement, das sie bei der Einwerbung von Geldern für die A 31 zeigen, auch bei der Übernahme von Verantwortung für einen düsteren Teil deutscher Unternehmensgeschichte zu leisten.

Neu- und Ausbau von Grundschulen

Die Investitionen in die drei Grundschulen Petkum/Widdelswehr, Constantia und Wolthusen sind notwendig. Gleichwohl stehen für uns zwei Dinge im Raum.

Das Erste ist, dass nicht nur die Informationstechnologien in die Klassenräume gebracht werden, sondern dass neue Technologien auch auf den Schuldächern sichtbare Zeichen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung setzen.

Deshalb werden wir uns weiterhin und noch mehr als bisher dafür einsetzen, dass die Stadt sich verpflichtet, eine bestimmte Menge Naturstrom zu kaufen, und im Gegenzug auf den Schulen Photovoltaik-Anlagen installiert werden. Die Finanzierung kann durch Einsparungen bei den Stromkosten über geringere Verbräuche und günstigere Strompreise erfolgen.

Zweitens hat die Unternehmensberatung Mummert und Partner in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass es bei den Grundschulen einen erheblichen Raumüberhang gibt. Dies ist in einem bestimmten Rahmen sicherlich nicht zu vermeiden, wenn man vor dem Hintergrund von Wanderungsbewegungen in die Neubaugebiete, aber auch weiterer Abwanderungen ins Umland, weiterhin kurze Wege für Grundschüler gewährleisten will.

Die Frage ist jedoch, welchen Überhang können wir uns auf Dauer leisten, und welche Mittel und Wege gibt es, die damit verbundenen Kosten zu reduzieren. Wir meinen, dass auch die Gebäudenutzung an Schulen flexibel gestaltet werden kann. Nirgendwo steht, dass leer stehende Klassenräume nicht anderweitig genutzt werden können.

Alternative Nutzungsmöglichkeiten liegen durchaus bei kommunalen Dienstleistungen, die dezentral in den Stadtteilen geleistet werden können. Wir denken hier zum Beispiel an Ganztags-Hortbetreuung und Stadtteilzentren. Unter Umständen kommt auch eine Vermietung an Private in Frage. Ein kommunales Gebäudemanagement hätte hier eine Aufgabe.

Sanierung Frisia

Wir begrüßen die Sanierung des Frisia-Geländes aus ökologischen Gründen, aber auch aus Gründen der Wirtschaftsförderung. Auch wir möchten uns beim Verwaltungsvorstand für die geleistete Arbeit bedanken. Die Sanierung bietet die große Chance, ein verseuchtes Gelände einer neuen Nutzung zuzuführen ohne weitere Flächenversiegelung.

Aber es gibt auch Risiken. Eine abschließende Prognose über die Höhe der Sanierungskosten ist aus heutiger Sicht sicherlich gewagt. Mit dem Kauf des Erbbaurechts an dem Grundstück tritt die Stadt in die Haftung für alle Umweltschäden, die von dem Gelände ausgehen, ein. Ob die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen so rasch fließen wie im Haushalt eingestellt, steht in Frage. Und eine einseitige Ansiedlung von Auto-Zulieferern wird die industrielle Monostruktur verfestigen und damit zukünftige Arbeitsplatz- und Einkommensrisiken in sich bergen. Deshalb müssen durch vorausschauende strategische Maßnahmen diese Risiken vermindert werden.

Die Wirtschaftsförderung sollte unseres Erachtens alle Möglichkeiten zur Diversifikation bei der Ansiedlung von Unternehmen ausschöpfen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass zwar Automobilindustrie und Hafenwirtschaft derzeit florieren, alteingesessene Unternehmen je-

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

doch den Standort Emden verlassen oder Betriebe aufgegeben werden. Ich nenne hier nur das Kraftwerk und das Ültje-Werk. Aber auch der Abbau von Arbeitsplätzen bei den Behörden des Bundes und des Landes ist noch nicht beendet. Nach dem Rückzug der Bundeswehr und von großen Teilen der Bahn stehen jetzt das Hauptzollamt und das Finanzamt mit ungewissem Ausgang auf dem Prüfstand.

Soziale Stadt

Es ist gut, dass der Stadtteil Barenburg in das Programm "Soziale Stadt" aufgenommen worden ist. Emden ist einer der größten Zuschussempfänger aus diesem Programm. Wir müssen nun die Chancen nutzen, die mit diesem Programm verbunden sind. Dies sind nicht in erster Linie bauliche Maßnahmen, die aus dem Programm heraus finanziert werden können. Vielmehr soll das Programm gerade die Möglichkeit eröffnen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Stadtteil mitgestalten können und auf diesem Weg Identifikation und Verbundenheit mit dem Ort, an dem sie leben, geschaffen werden kann.

An der Umsetzung dieser zentralen Programmidee hapert es derzeit immer noch. Dies hat auch die leidige Diskussion um die Besetzung des Stadtteilbeirats gezeigt, die von der SPD angezettelt wurde.

Die noch bestehenden Informations- und Kommunikationsprobleme des Stadtteilbeirates mit der Verwaltung müssen rasch beseitigt werden, damit es zu einer konstruktiven Zusammenarbeit kommen kann. Es ist doch in der Tat ein unglaublicher Vorgang, dass in der vorigen Woche in aller Eile einige "Leuchtturm-Projekte" beschlossen werden mussten, um die Fördermittel für das Jahr 2000 nicht zu verlieren. Unser Eindruck ist, dass der Verwaltungsvorstand sich dem Projekt "Soziale Stadt" intensiver widmen muss.

Wir haben in den Haushaltsberatungen gefordert, dass auch Mittel aus dem Sozialhaushalt bereitgestellt werden. Es hat sich nun gezeigt, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Entsprechende Vorlagen der Verwaltung sind von den Ausschüssen gebilligt worden. Insbesondere freuen wir uns, dass der Stadtteilbeirat einen Verfügungsfonds bekommen wird.

Das fachbereichsübergreifende Zusammenarbeiten wird nach unserer Auffassung weiter ausgebaut werden müssen, zum Beispiel durch die Konzentration von Beschäftigungsmaßnahmen und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung auf den Stadtteil Barenburg.

Kinderspielplätze

Wir haben gefordert, für die Instandsetzung und Sanierung der über 60 Kinderspielplätze den Mittelansatz zu verdoppeln. Die Berichte aus der Jugendförderung zum Zustand der Spielplätze waren erschütternd. Es reicht unter diesen Umständen nicht aus, pro Jahr lediglich zwei Spielplätze zu sanieren. Wir müssen heute etwas für die Kinder tun. Deswegen wollen wir das Programm ausweiten und beschleunigen.

Jahrelang ist in diesem Bereich nichts Neues getan worden. Das Rechnungsprüfungsamt hat dieses Versäumnis in seinem Bericht noch einmal aufgegriffen. Natürlich wissen auch wir, dass die Versäumnisse der Vergangenheit nicht in wenigen Jahren aufgeholt werden können. Aber für eine kindgerechte Stadt, in der es sich lohnt, mit Kindern zu leben, und das heißt, ihnen die nötigen Freiräume und Spielräume zu schaffen, müssen wir heute mehr tun als von der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Die SPD-Fraktion hat sich dem verweigert. Auch dies ist ein Grund, dass wir dem Haushalt unsere Zustimmung nicht geben.

Und ein weiterer Punkt ist uns in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wir wollen erreichen, und da sind wir uns mit der Jugendförderung einig, dass die Kinder selbst in die Planung und Umsetzung bei der Gestaltung ihrer Spielräume durch Beteiligung mit einbezogen werden.

Bahnhofsvorplatz

Wir wünschen uns, dass der Bahnhofsvorplatz in die Förderung nach dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz aufgenommen wird. Die Verwaltung hat angekündigt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist für uns, über eine Öffentlichkeitsbeteiligung und die Hinzuziehung von Verbänden und den Akteuren der Lokalen Agenda 21 einen konsensfähigen Entwurf zustande zu bringen. Nur dann wird die notwendige Akzeptanz für diese Investition mit einem Gesamtvolumen von 8,5 Millionen DM geschaffen.

Wir fordern in diesem Zusammenhang die Bahn auf, ihre Ankündigungen endlich wahr zu machen und den Bahnhof zu einem attraktiven Tor zur Stadt umzugestalten. Wir brauchen eine qualitativ überzeugende Schnittstelle für die Besucher und die Einwohner Emdens im Umweltverbund, die zur Stärkung einer ökologisch verträglichen Mobilität in der Stadt und in der Region beiträgt. In einem weiteren Schritt wäre auch eine rückwärtige Anbindung des Bahnhofs an den Westen der Stadt zu verfolgen.

Fahrradstellplätze

Es gibt keine verkehrsgerechte Innenstadt. Eine lebenswerte Innenstadt braucht einen stadtverträglichen Verkehr. Dies heißt für uns, umweltverträgliche Mobilität zu fördern und den motorisierten Individualverkehr auf ein verträgliches Maß zu reduzieren.

Warum müssen große Teile des Durchgangsverkehrs durch die Innenstadt geführt werden? Warum kann die Neutorstraße nicht autofrei werden? Lärm und Abgase haben nichts mehr mit Urbanität zu tun. Sie entvölkern die Innenstädte als Wohnorte, und die Abwanderung fördert wiederum die Zunahme des motorisierten Verkehrs.

Eine stadtverträgliche Verkehrspolitik fördert dagegen die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Deshalb haben wir verlangt, dass an geeigneten Stellen überdachte, witterungsgeschützte Fahrradabstellanlagen gebaut werden. Diese fehlen im Übrigen auch an anderer Stelle, wie am Neuen Theater. Aber auch hier sind Sie derzeit nicht zu einer Kursänderung bereit.

Fazit

Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen. Wir stehen zur Konsolidierung des Haushaltes und seinen Eckwerten. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen, wo es Gemeinsamkeiten gibt. Ich nenne hier nur die Förderung der Sportvereine.

Aber wir sagen auch: wir wollen eine andere Schwerpunktsetzung in verschiedenen Bereichen. Wir wollen eine lebenswerte Stadt, in der die Menschen bleiben wollen und nicht ins Umland abwandern. Dafür ist es notwendig, die Belange der Kinder und Jugendlichen stärker als bisher zu berücksichtigen. Im kulturellen Bereich müssen die Mittel für die freie Kulturarbeit aufgestockt werden. Eine verstärkte Förderung umweltverträglicher Mobilität ist notwendig. Und wir wollen die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass die Menschen in der Stadt bei den kommunalen Planungen ihre Stadt und ihren Stadtteil mitgestalten können."

Herr Bolinius macht folgende Ausführungen:

"Zunächst möchte ich mich in Namen meiner Fraktion bei den Emdener Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Firmen, Behörden, Verwaltungen und Institutionen in der Stadt Emden bedanken, die durch ihren Fleiß und mit ihrer Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass die nicht unbeträchtlichen Gelder in diesem Haushalt bereitgestellt werden konnten.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Insgesamt bringt der Haushalt für das Jahr 2001 für die F.D.P.- Fraktion keine Überraschungen. Viele von der Verwaltung eingebrachten Ansätze sind überwiegend von uns bereits seit langem diskutiert und befürwortet worden, insbesondere die **Investitionen für die Schulen** in Constantia, Petkum und Wolthusen. Seit rund 30 Jahren haben wir - zusammen mit allen Ratsvertretern aus den Stadtteilen Widdelswehr und Petkum - insbesondere für eine neue Schule in Petkum gekämpft. Es war schon für uns ein Freudentag am Montag, als der Oberbürgermeister den ersten Rammschlag ausführte. Für die Beschäftigten der heimischen Bauindustrie bedeuten diese und weitere städtische Investitionen - worauf ich später noch komme - Brot und Arbeit.

Ganz besonders freuen wir uns, dass die Sanierung des **Frisia-Geländes** voraussichtlich endgültig gesichert ist. Hier bietet sich für Emden eine weitere große Chance für die Ansiedlung von Betrieben. Dem Verwaltungsvorstand ist hier für den bisherigen Verhandlungserfolg, der unter sehr schwierigen Bedingungen erreicht wurde - ich möchte im Einzelnen aus Vertraulichkeitsgründen darauf nicht eingehen - nachdrücklich zu danken.

Auf die **Ausstattung der Schulen** hat die F.D.P.-Fraktion seit langem großen Wert gelegt. Mit den eingesetzten Mitteln ist ein guter Anfang gemacht worden, aber auch in den nächsten Jahren muss nach unserer Meinung in die Ausstattung der Schulen weiter investiert werden.

Die Zuschüsse für **Kultur und Sport** konnten in diesem Jahr erfreuerlicherweise erhöht bzw. auf gleicher, hoher Höhe gehalten werden.

Der Ausbau des **Alten Binnenhafens**, mit drei Millionen Mark veranschlagt, sollte nach unserer Ansicht durchgeführt werden, aber nur dann, wenn Land und EU sich beteiligen. Schließlich handelt es sich um keinen städtischen, sondern um einen Landeshafen. Der Kauf des Geländes von der Firma van Calcar bietet gute Entwicklungsmöglichkeiten für "Wohnen am Wasser". Wir bitten darüber nachzudenken, ob nicht auch ein Café dort erstellt werden sollte.

In das Gesamtkonzept ist das Gelände um das **Eisenbahndock** unbedingt einzubeziehen. Wir sind sicher, dass durch das Anbieten hochwertiger Erstwohnungen am Wasser - zum Teil verbunden mit Bootsliegeplätzen - die Einwohnerzahl nicht weiter sinken wird. Es wäre für Emden von großem finanziellen Nachteil, wenn die Einwohnerzahl eines Tages unter 50.000 sinken würde.

Das Projekt "**Water City**" schlägt im Haushalt mit einer halben Million Mark zu Buche, wenn ein 50-prozentiger Zuschuss kommt. Wichtig ist uns dabei vor allem die Wiederbelebung der Stadtgräben.

Der Start des **Parkhauses** ist finanziell gesichert. Darüber sind wir froh. Ebenso freuen wir uns auf das **neue Kino** auf dem ehemaligen Schlachthofgelände, wo der Startschuss heute mit der ersten Rammung begonnen hat. Wir sind sicher, dass die gesamte Innenstadt davon profitieren wird.

Mehr als bedauerlich ist es jedoch, dass das **ZVK-Gelände** immer noch nicht bebaut ist. Wie wir aus inoffiziellen Quellen wissen, laufen derzeit jedoch wieder Gespräche. Wir hoffen, dass diese bald zum Abschluß kommen.

Für den **Abwasserbereich**, u.a. in Wolthusen und in Logumer-Vorwerk, sollen in den nächsten Jahren rd. 2,0 Mio/DM investiert werden. Auch das findet unsere Zustimmung.

Das Geld in Höhe von 470.000 DM für das **ExistenzgründerInnen-Zentrum** ist nach unserer Ansicht gut angelegt. Hier haben die von der Verwaltung eingesetzten 3 Geschäftsführer nach unserer Auffassung sehr gute Arbeit geleistet.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Für den Emdener **Bahnhofsvorplatz** sieht der Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von einer Million Mark vor. Sollten Zuschüsse fließen, sollten Aufträge vergeben werden. Man sollte nicht länger auf die Bahn AG warten, denn der Bahnhofsvorplatz ist in einem jämmerlichen und für die Stadt Emden unwürdigen Zustand.

Für die **Feuerwehr** sind im nächsten Jahr 650 000 Mark vorgesehen, auch dieser Ansatz findet unsere Zustimmung. Wir hoffen, dass der im letzten Jahr beschlossene Neubau des Feuerwehrhauses in **Wybelsum** jetzt endlich gebaut wird. Das Feuerwehrgerätehaus in **Widdelswehr** ist mit 250 000 Mark in der mittelfristigen Finanzplanung 2003 enthalten.

Als wir im letzten Jahr diesen Ansatz beantragt haben, sind wir belächelt worden. Jetzt scheint auch die Verwaltung eingesehen zu haben, dass der Standort sowohl für die Anwohner als auch für die Feuerwehr nicht mehr tragbar ist. Über den angedachten Standort an der Blumenstraße, wieder in einem reinen Wohngebiet, sollte jedoch noch diskutiert werden. Wir halten diesen Standort für falsch.

Für die neue **Klimaanlage** im Neuen Theater sind 640 000 Mark eingesetzt. Vor der Installation sollte eine detaillierte Analyse der Bausubstanz des Hauses vorgenommen werden. Nach unseren Informationen ist die äußere Hülle des Neuen Theaters mit vielen gravierenden Mängeln behaftet. Wir fragen, wenn die Kosten hierfür in die Millionen gehen, ist es dann nicht besser, ein neues Theater zu bauen? Diese Frage ist von der Verwaltung noch nicht eindeutig beantwortet worden.

Für den **Umbau des Ostfriesischen Landesmuseums** gibt es in 2001 eine Verpflichtungsermächtigung von einer Million Mark, auch das ist eine alte F.D.P.-Forderung. Das Museumskonzept von Dr. Scheele sieht vor, Standesamt und Bildstelle aus dem Rathaus auszugliedern. Die Finanzierungen von Stiftung Niedersachsen und anderen Stellen sind an dieses Nutzungskonzept gebunden. Daher sollte die Bildstelle an die VHS angegliedert werden. Ein anderes **Trauzimmer** muss gefunden werden. Wir könnten uns auch vorstellen, das zweite Pelzerhaus für Trauungen zu benutzen.

Die eingesetzten Gelder für die **Dorferneuerung in Wybelsum** mit 300 000 Mark finden ebenfalls unsere Zustimmung.

Die Stadt Emden und die Kreise Leer und Aurich sollen sich mit insgesamt 14,5 Millionen Mark am vorzeitigen **Lückenschluss der Autobahn 31** beteiligen. Unser Antrag im Sommer 1999 hierzu wurde seinerzeit zunächst, sowohl vom OB als auch von allen anderen Fraktionen, kategorisch abgelehnt. Später haben alle Fraktionen unserem Antrag vom Juli 1999 zugestimmt. Im Haushalt ist jetzt dafür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von einer Million Mark eingeplant. Damit sind wir einverstanden. Die Fertigstellung der A 31 muß absolute Priorität bei allen Großprojekten haben, meinen wir.

Mit unserer Forderung, dass mit der Erneuerung der **Straßen in der Innenstadt**, insbesondere der Rudolf-Breitscheid-, der Douwesstraße, der Graf-Ulrich-, der Gräfin-Theda-, der Graf-Edzard-Straße, der Bollwerkstraße und des Bentinksweges, begonnen werden sollte - natürlich nicht alle zum gleichen Zeitpunkt - konnten wir uns leider, im Gegensatz zum letzten Jahr, als wir die Verbesserungen der Verbindungsstraßen zum Neuen Markt gefordert hatten, nicht durchsetzen.

Die **Emsmauerstraße** mit dem dortigen Bunker sieht trostlos aus. Hier halten fast jeden Tag Busse, die Touristen in die Stadt bringen. Diese bekommen einen sehr schlechten Ersteindruck von Emden. Es ist für uns auch kein Wunder, dass das Restaurant "Pelzerhaus", das mit hohen öffentlichen Mitteln hergerichtet worden ist, nicht entsprechend frequentiert wird. Hier fordern wir, dass in der Gestaltung der Straße etwas geschieht. Spätestens in einem möglichen Nachtragshaushalt, und wir sind aufgrund der augenblicklichen Konjunktur der

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Meinung, dass dieser noch vor der Kommunalwahl kommen wird, sind hierfür Mittel einzusetzen.

Wir schlagen, wie in den Vorjahren, erneut vor, für den Bereich **Katergang** einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Dieser Bereich ist ein Schandfleck in unserer ansonsten so schönen Stadt.

Für den Bereich des ehemaligen **Früchteburgbades** sollten von der Verwaltung Pläne erarbeitet werden, jedoch keine utopischen, wie sie uns vor rund 2 Jahren von angeblich solventen Investoren vorgelegt worden sind. Ich erinnere daran, dass meine Fraktion für dieses Gebiet vor Jahren eine Anfrage über den Bau eines Müttererholungsheimes eines großen Sozialverbandes an die Verwaltung weitergeleitet hat. Leider hat sich die Investition damals zerschlagen.

Wir sind jedoch der Meinung, dass die Verwaltung in dieser Richtung - verbunden eventuell auch mit einem Hotel und einem neuen Hallen-/Spaßbad - etwas entwickeln und auf dem Markt anbieten sollte. Die Entwicklung des **Kasernengeländes** werden wir mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, damit dort keine falschen Weichen für die Stadt gestellt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung für die Erstellung einer Kreuzung der Straße "Zum Nordkai"/"Petkumer Straße" mit 1,0 Mio/DM ist zwar richtig, obwohl wir mit der jetzigen Konzeption - Unterführung - nicht hundertprozentig glücklich sind, wichtiger ist aber nach unserer Meinung eine **Anbindung an die Autobahn der Straße "Zum Nordkai"**. Nach unserer Auffassung ist dies am ehesten mit dem Wiederaufbau der ehemaligen sogenannten "Blauen Brücke" über den Hafen von der Eichstraße aus zur Westumgehung möglich. Die beste Lösung ist natürlich eine Anbindung über den Ems-Seiten-Kanal. Aber diese Variante kostet nach unserer Auffassung am meisten Geld.

Unsere Forderung, dass die Stadt Emden ein **Gutachten in Auftrag** gibt, um festzustellen, welche die beste von 4 möglichen Alternativen ist, wurde nicht angenommen. Es ist jedoch unbedingt notwendig, dass die Stadt endlich entsprechende Anträge - z.B. Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan - stellt. Dies gilt auch für eine eventuelle **Umgehungsstraße in Harsweg**. Pläne sollten in der Verwaltung immer in der Schublade liegen!

Die Gründe, weshalb wir für ein **Museums-U-Boot** im Binnenhafen - es braucht nicht ein Liegeplatz im Delft zu sein - sind, haben wir mehrfach ausführlich dargestellt. Emden verbindet gerade mit dem Bau von U-Booten auf den TNSW sehr viel. Wir hoffen, dass noch bis Ende des Jahres eine positive Entscheidung fällt, da sowohl die SPD als auch die CDU grundsätzlich keine Einwände gegen ein Museums-U-Boot haben.

Dass die Stadt Emden dem geplanten **Emsbrückenbau**, wenn auch mit Einschränkungen, positiv gegenübersteht, ist erfreulich. Allerdings sollte sie Mitglied des **"Stichtings Emsbrücke"** werden, damit sie dort Einfluss nehmen kann.

Sollte das unter Denkmalschutz gestellte Petkumer Siel, das größte Gewölbesiel an der Küste, nicht abgerissen werden, was wir stark hoffen, die Entscheidung fällt laut Auskunft des Regierungspräsidenten im Januar 2001, ist das **Gelände zwischen dem alten und neuen Siel** - insbesondere auch für den Tourismus - herzustellen.

Insgesamt 3,2 Mio/DM sind für die **"Soziale Stadt Barenburg"** vorgesehen. Es ist geradezu paradox, dass ein Teil der bisherigen Sozialarbeit - auch wenn Herr Haaae heute in der örtlichen Presse mitgeteilt hat, dass ein Sozialarbeiter in der Schule Barenburg eingestellt wird - in diesem Stadtteil jetzt eingestellt werden soll. Die **Begegnungsstätte "Kumm rin"** darf unserer Meinung nach nicht geschlossen und auch die **Streetworker** dürfen nicht entlassen werden. Hier muss die Verwaltung Mittel und Wege zu einer vernünftigen Lösung finden.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Kein Verständnis haben wir dafür, dass die SPD unseren Antrag, zusätzlich 100 000 DM für **Kinderspielplätze** bereitzustellen, ohne Begründung abgelehnt hat. Bei der Einschulung der ABC-Schützen wird immer wieder festgestellt, dass Kinder motorisch gestört sind, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass sie nicht mehr unreglementiert spielen können, so wie wir in unserer Kinderzeit.

Die jährliche Übernahme der Verlustabdeckung in Höhe von 750 TDM für das **Schlachthaus** tut sehr weh. Wenn es nicht möglich ist, zukünftig höhere Mieten zu bekommen, sollte unser im letzten Jahr gemachter Vorschlag, das Schlachthaus zu entkernen und eventuell an einen Zulieferer für Volkswagen zu verkaufen, von der Verwaltung nochmals überdacht werden.

Die Unternehmensberatung Mummert + Partner hat eine **Personalbedarfsanalyse** für die Gesamtverwaltung durchgeführt. Leider wurde die Unternehmensberatung nicht beauftragt, zu untersuchen, ob es sinnvoll sei, einige Bereiche zu privatisieren. Um es wieder einmal zu sagen, wir wollen keine Privatisierung um jeden Preis. Wenn die Stadt Emden die Leistungen genauso gut und preisgünstig leisten kann, dann soll sie das. Es gibt aber doch schwer zu denken, dass zum Beispiel der qm-Preis für eine Reinigung in Emden 33,-- DM kostet und bei anderen vergleichbaren Kommunen nur 18,-- DM. Das ist ein Unterschied von 83 %!

Wir hatten auch deshalb beantragt, das Gutachten um die Variante "**Untersuchung auf Privatisierungsmöglichkeiten**" zu erweitern. Leider wurde dieser Antrag in der letzten VA-Sitzung am 11.12.00 sowohl von der Verwaltung als auch von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Auch haben wir nach einem ersten Durcharbeiten des Gutachtens den Eindruck, dass die Zahl der besserbezahlten Häuptlinge heraufgesetzt und die der geringer bezahlten Indianer herabgesetzt werden soll. Darüber, und auch über die **Wiederbesetzung** der Stelle des im Mai nächsten Jahres ausscheidenden Kämmerers sollte innerhalb der Fraktionen zusammen mit der Verwaltung beraten werden. Durch die Nichtbesetzung dieser überaus wichtigen Dezernentenstelle befürchten wir einen Verlust an juristischer, fiskalischer, betriebswirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Kompetenz. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion für eine Wiederbesetzung wird in der nächsten Ratssitzung behandelt. Der Abgabetermin für diese Ratssitzung war leider bereits abgelaufen.

Mit unseren Änderungsvorschlägen konnten wir uns nur da durchsetzen, wo wir deckungsgleich mit den SPD-Vorschlägen waren. Das ist bedauerlich, wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass sich das in der nächsten Legislaturperiode ändern wird.

Die Veränderungen im Haushalt von 375 TDM, ich möchte diese Punkte nicht noch einmal aufführen, können wir mittragen, entsprechen sie doch im Wesentlichen auch unseren Anträgen.

Obwohl wir enttäuscht über die SPD-Fraktion sind, dass sie einige unserer Änderungsvorschläge - zum Teil ohne Diskussion - abgelehnt hat, sehen wir in der Beurteilung für unsere Abstimmung doch den Gesamthaushalt. Und dieser Haushalt setzt insgesamt für unsere Stadt viele positive Zeichen. **Aus diesem Grunde stimmt die F.D.P.-Fraktion dem Haushalt zu."**

Es wird eine Pause von 10 Minuten eingelegt.

(Herr Köhler verlässt die Sitzung.)

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Herr Leeker schlägt nach Abstimmung mit den anderen Fraktionen vor, auf weitere Redebeiträge zu verzichten.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001 unter Einbeziehung der als Anlage beigefügten Änderungsliste.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 11

Punkt 10: Vorlage 13/1352
Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt das Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 11

Punkt 11: Vorlage 13/1353
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Hans-Susemihl-Krankenhauses bis 2004

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Hans-Susemihl-Krankenhauses bis 2004.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 12: Vorlage 13/1354/1
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001

im Verwaltungshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben mit je 891.500,00 DM.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Punkt 13: Vorlage 13/1382
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1999

(Herr Brinkmann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1999 und die Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 1999.

Dieser Beschluss umfasst auch den Jahresabschluss des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 19.664,71 DM wird vorge-tragen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 1

Punkt 14: Vorlage 13/1383
Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden für das Geschäfts-jahr 1999

(Die Herren Brinkmann, R. Janssen, Mecklenburg, Merkentrup, Heinks, Bongartz und Vollprecht sowie Frau L. Meyer, Frau I. Hoffmann und Frau Grix nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Herr Dr. Beisser führt aus, seine Fraktion habe in den letzten Jahren gegen die Entlastung des Verwaltungsrates gestimmt. Die Auswirkungen der einvernehmlichen Trennung von den Verantwortlichen des alten Vorstandes, die nicht die Zustimmung seiner Fraktion gefunden habe, werde eindrucksvoll nachgewiesen.

Er hoffe, dass dieses Verhalten des Verwaltungsrates, das nicht gerade ein Lehrstück für eine sorgfältige Kontrolle des Vorstan-des gewesen sei, hier ein Ende finde. Seine Fraktion werde heute der Entlastung des Verwaltungsrates zustimmen, möchte aber darauf hinwei-sen, dass man hinsichtlich der Zukunft der Sparkasse Emden im Hinblick auf Fusionen die Diskussion wieder beginnen sollte.

Den Medien habe man entnommen, dass die Sparkassen in Aurich und Norden fusionier-ten. Die Fusion von Sparkassen werde von Fachleuten befürwortet, weil dadurch die Mög-lichkeiten auf dem Kapitalmarkt verbessert würden.

Beschluss: Gemäß § 26 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 10

Punkt 15: Vorlage 13/1363
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1999

(Die Herren Brinkmann, Grigull, Jahnke, Leeker, Janßen, Groeneveld und Vollprecht sowie Frau I. Hoffmann und Frau Tamminga nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1999 anzunehmen,
2. den Jahresüberschuss in Höhe von 1.452.224,22 DM abzüglich Kapitalertragsteuer wie folgt zu verwenden:
 - 1.083.596,22 DM an den Betrieb gewerblicher Art "Bäder" der Stadt Emden auszuschütten,
 - 368.628,00 DM in die Gewinnrücklage einzustellen
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 9

Punkt 16: Vorlage 13/1362
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, für das Geschäftsjahr 1999

(Die Herren Brinkmann, Abels, Jerems, Hegewald und Vollprecht sowie Frau Grix, Frau I. Hoffmann, Frau E. Meyer, Frau Pohlmann, Frau Tamminga und Frau M. Hoffmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1999 anzunehmen,
2. den ausgewiesenen Bilanzverlust 1999 von 39.000,22 DM den freien Rücklagen (Bauerneuerungsrücklagen) zu entnehmen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 11

Punkt 17: Vorlage 13/1410
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1999

(Die Herren Brinkmann, Wessels, Groeneveld und Odinga sowie Frau L. Meyer und Frau Pohlmann nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1999 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig
Befangen: 6

(Die Herren Woldmer und Heinks verlassen die Sitzung.)

Punkt 18: Vorlage 13/1420
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Herr Hemken gibt Erläuterungen zu den einzelnen Ausgaben. Zu den Budgets der Fachbereiche teilt er mit, dass insgesamt eine Summe von 235 Mio. DM zur Verfügung stehe. Die 1,6 Mio. DM an Personalausgaben entsprächen somit 0,7 %. Den FB-Leitern müsse zugemutet werden, zusätzliche Mittel zu erwirtschaften.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2000 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

- 1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig - DM**
 - a) 0000-4000 Personalausgaben 1.600.000
 - b) 4647-7170 Zuschuss für Kindertageseinrichtungen 288.000
 - c) 4127-7350 Sonstige Eingliederungshilfe A.E. (örtlicher Träger) 120.000
 - d) 4127-7454 Sonstige Eingliederungshilfe für ältere Menschen 240.000
- 2. Verwaltungshaushalt - außerplanmäßig -**
 - a) 4000-7175 TACIS City Twinning Programm der EU 324.000
- 3. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -**
 - a) 0610-9365 Hard- und Software FB 500 48.000
 - b) 0610-9364 Hard- und Software FB 400 37.400
 - c) 7000-9614 Kanal. Nesserlander Str. und Erschl. Gewerbegeb. D 127 165.000

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Punkt 19: Vorlage 13/1421
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2000

Herr Dr. Beisser erkundigt sich bezüglich der Aktion Hauptwohnsitz Erstsemestler, wieviel Studenten diese Regelung in Anspruch genommen hätten.

Herr Hemken erwidert, bisher lägen 150 Anmeldungen für den ersten Wohnsitz in Emden vor. Diese trügen auf jeden Fall dazu bei, dass die Einwohnerzahl Emdens weiterhin über 50.000 liege. Die Aktion habe sich insofern schon gelohnt, als man zwar die Semestergebühren in Höhe von 188 DM pro Person ausgeben müsse, dafür aber über den Finanzausgleich höhere Einnahmen habe. Abgesehen davon helfe man durch diese Maßnahme der FHO, wenn sich das herumgesprochen habe.

Herr Dr. Beisser weist darauf hin, dass wieder zwei Beträge in nicht unbeträchtlicher Höhe für das Geographische Informationssystem bereitgestellt worden seien. Er fragt, wann die Investitionen für das GIS abgeschlossen seien.

Herr Hemken sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

Anm. d. Protokollf.:

Lt. Auskunft des FD Finanzen und Abgaben sind aufgrund der überplanmäßigen Ausgaben technisch alle Voraussetzungen gegeben, um produktiv mit dem GIS arbeiten zu können. In verschiedenen Bereichen der Verwaltung läuft die Grunddatenerfassung (z.B. Kanalbau, Grünflächenbereich) bzw. ist in Vorbereitung (z.B. B-Pläne). Im Bereich Umwelt sind z.B. 28a- und 28b-Biotop GIS-mäßig erfasst. Es wird bereits mit Auskunftsmodulen (Liegenschaftsbuch/Liegenschaftskataster) gearbeitet.

Ergebnis: Kenntnis genommen

Punkt 20: Vorlage 13/1419
Änderung der Abfallsatzung der Stadt Emden zum 01.01.2001

Herr Hemken betont, dies sei der Beginn der Verfeinerung des neuen Wiegesystems. Bekanntlich habe die Verwaltung sich Gedanken gemacht über Ausnahme- und Sonderregelungen. Bei dieser Satzungsänderung gehe es zunächst um Ausnahmeregelungen, wenn die Bürger erstens über keine Unterstellmöglichkeit für die 120 l-Gefäße verfügten, und zum anderen die Entfernung zur Bereitstellung der Gefäße vom Grundstück zur Einsammelstelle nicht zumutbar sei. In diesen Fällen würden statt des 120 l-Gefäßes graue Säcke mit 30 l und 50 l Volumen zugelassen.

Unter Ziffer 3 seien die Straßen und Hausnummern aufgeführt, für die diese Regelung gelte. Die Kosten für den 30 l- und 50 l-Restmüllsack würden im nächsten Punkt geregelt. In den Ausschüssen sei dargelegt worden, dass es neben der Grundgebühr, die ohnehin fällig sei, eine Leistungsgebühr gebe, die die Entleerungs- und Gewichtsgebühr umfasse. Diese betrage für einen 30 l-Restmüllsack 6,00 DM und für einen 50 l-Restmüllsack 8,00 DM.

Herr Leeker führt aus, seine Fraktion begrüße ausdrücklich die jetzt gefundene Lösung und sei erfreut darüber, dass Rat und Verwaltung es mit viel Flexibilität geschafft hätten, diese Ausnahmeregelung zuzulassen. Er möchte an die Diskussionen und Proteste erinnern, die sich auch gegen die Nichtzulassung von Säcken gerichtet hätten, und hoffe, dass viele Kritiker mit dieser Lösung zufrieden seien.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Die SPD-Fraktion habe mit vielen Bürgern gesprochen, und einer der anwesenden Zuhörer, Herr Varges, habe ihn wissen lassen, dass manches ausgeräumt sei, aber weiterhin die Tonnengröße und die Müllschränke im Mittelpunkt der Diskussion stünden.

Er habe sich auf Wunsch und Verlangen verschiedener Interessenten in Ostwestfalen umgesehen, ob neben der Firma Sulo andere Firmen Müllgefäße herstellten, die geeignet und zugelassen seien. Das sei nicht der Fall. Man sei sich sicher, dass es keine andere Lösung geben könne, und damit werde man sich abfinden müssen. Er denke, dass die letzten Kritiker, die ihre Tonne nicht stellen könnten, von der Verwaltung eine Ausnahmeregelung erwirken könnten.

Was die Müllschränke angehe, so seien diese nun einmal vorhanden, und vielleicht finde sich eine Lösung für die Entsorgung, nur dazu seien einige Überlegungen erforderlich. Wenn er heute lese, dass die SPD-Fraktion irgendwelche Änderungswünsche akzeptiert habe, dann sage er hier und heute, dass ihr dies in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen sei. Man wisse im Moment auch keinen Ausweg und sei damit zufrieden, dass man die genannten Änderungen habe durchsetzen können.

Herr Renken erklärt, seine Fraktion begrüße die Lösung, die auf dem Tisch liege, und hoffe, dass es funktioniere. Man habe bereits im Sommer darauf hingewiesen, dass es nötig sein werde, flexibel zu reagieren und neben den 120 I-Gefäßen andere Möglichkeiten über die Bereitstellung von Müllsäcken zu schaffen.

Auch an seine Fraktion seien verschiedene Bedenken herangetragen worden, ob das die einzig mögliche Lösung sei. Die Frage nach kleineren Behältern habe im Raum gestanden. Aus ihrer Kenntnis heraus gebe es derzeit keine Alternative zu den 120 I-Tonnen als Standardgefäß. Er gehe davon aus, dass entsprechend dieser Satzungsänderung den Haushalten, die ihre Probleme nachweislich darlegen könnten, auch eine Lösung angeboten werde. Wenn es Schwierigkeiten geben sollte, seien alle Fraktionen Ansprechpartner, und man werde sich Erfahrungsberichte der Verwaltung vorlegen lassen, wie die Umsetzung des neuens Systems verlaufe.

Herr Bongartz erinnert daran, dass es im Vorfeld im Wesentlichen einen überparteilichen Konsens gegeben habe aus der Zwangslage heraus, in der man sich befunden habe, und dass man Bereitschaft gezeigt habe, wenn gute Vorschläge gemacht würden, die mit der Verwaltung und in den Gremien abgesprachen worden seien, diese auch zu übernehmen.

Nicht nur mit dieser Satzungsänderung, sondern auch mit der Regelung von Sonderfällen beim Wiegesystem habe man offensichtlich Lösungen gefunden, von denen die Menschen profitierten, die unter einer besonders schweren Last zu leiden hätten. Er hoffe, dass man das System im Laufe der Zeit gemeinsam immer weiter verbessern könne, bis es irgendwann rundherum funktioniere.

Herr Bolinius weist nochmals darauf hin, dass seine Fraktion sich nicht grundsätzlich gegen das Müllwiegesystem ausgesprochen habe, sondern nur mit dem Zeitpunkt der Einführung nicht einverstanden gewesen sei. Sie habe vorgeschlagen, zunächst mit einem Stadtteil zu beginnen, um die sich ergebenden Probleme für die gesamte Stadt abstellen zu können.

Die jetzt gemachten Vorschläge seien ein Schritt in die richtige Richtung, und wenn die Verwaltung weiter so flexibel reagiere, dann sei das in Ordnung. Seine Fraktion werde dieser und der nächsten Vorlage zustimmen und auf die Regelung von Sonderfällen noch näher eingehen.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Änderung zur Abfallsatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 21: Vorlage 13/1422
1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.01.2001

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 13/1422 als Anlage beigefügte 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.01.2001.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 22: Vorlage 13/1424
Müllabfuhrbenutzungsgebühren - Einführung des Müllwiegesystems zum 01.01.2001
hier: Regelung von Sonderfällen

Vorlage 13/1424/1
Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 29.09.2000

Vorlage 13/1424/2
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2000

Vorlage 13/1424/3
Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2000

Herr Hemken führt aus, während die vorhergehenden Punkte direkt den Gebührenhaushalt tangierten, gehe es hier um die freiwillige Regelung von Sonderfällen außerhalb des Gebührenhaushaltes. Der Verwaltungsvorschlag laute, Haushalten mit Kleinkindern bis zum Alter von 36 Monaten des Kindes pro Monat zwei Windelsäcke ausschließlich zur Entsorgung von Einmalwindeln zur Verfügung zu stellen. Die Windelsäcke umfassten etwa 50 l und würden über das Bürgerbüro ausgegeben, weil dort anhand der Einwohnermeldedaten die Berechtigung überprüft werden könne.

Bezüglich der Inkontinenzkranken werde vorgeschlagen, auf Antrag und mit ärztlicher Bescheinigung pro Monat eine Gutschrift über 40 kg gewogene Restmüllmenge zu gewähren. Es sei nach Meinung der Verwaltung die einfachste Regelung, wenn man nicht in Stufen unterteile, sondern die genannte Menge vorgebe. Man sei sich dabei bewusst, dass man das Ganze nicht kostendeckend gestalten könne, sondern vielmehr einen Beitrag leiste zur Lösung der Probleme.

Weiterhin sei man der Meinung, dass mit diesem Verfahren die Intimsphäre der Betroffenen sowie die Bestimmungen des Datenschutzes beachtet würden, wenn man nicht zuerst in Nachweise einsteigen müsse. Um die eindeutige Zuordnung der Anträge sicherzustellen, müssten die Betroffenen bei Antragstellung ihre Gefäßnummer angeben, damit die verwaltungstechnische Abwicklung gewährleistet sei.

Haushaltstechnisch werde so verfahren, dass im Jahre 2002 jeweils Gutschriften für das vergangene Jahr 2001 sowie gleichzeitig im Voraus für das Jahr 2002 erfolgten.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Herr Hemken bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Verwaltung die beiden Anträge der F.D.P.- sowie der CDU-Fraktion nicht im zuständigen Ausschuss vorgetragen habe. Die F.D.P.-Fraktion beantrage mit Schreiben vom 29.09.2000, die Benutzung von Baumwollwindeln zu bezuschussen und bei Einwegwindeln bis zum 30. Lebensmonat monatlich kostenlos 2 Abfallsäcke mit einem Volumen von 30 l pro Sack zur Verfügung zu stellen. Bei Inkontinenzkranken solle monatlich bis zu 100 kg Müll kostenlos entsorgt werden.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2000 sehe vor, die Freistellung bei der Windelabfuhr von 30 auf 36 Monate zu erhöhen. Hier stimme man mit dem Verwaltungsvorschlag überein. Die gebührenfreie Abfallgrenze für Menschen mit Inkontinenzkrankheit solle von 20 kg auf 80 kg erhöht werden. Auf Antrag solle eine wöchentliche Abfuhr möglich sein. Außerdem solle die Übertragung der Sperrmüllabfuhr auf die AAGE überprüft werden.

Die SPD-Fraktion habe ihren Änderungsantrag im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen eingebracht, wo er aufgrund des Fehlers der Verwaltung zurückgestellt und dann im VA wiederholt worden sei. Dieser Antrag stelle darauf ab, den Inkontinenzkranken eine Gebührenfreiheit in zwei Stufen einzuräumen, und zwar solle die erste Stufe 30 kg monatlich und die zweite Stufe 80 kg monatlich umfassen. Die Regelung für Kinder solle von 30 auf 36 Monate verändert werden. Dieser Antrag habe sich durchgesetzt und stehe zur Abstimmung.

Herr Bolinius bittet um Behandlung der Anträge in der Reihenfolge des Einganges.

Herr Dr. Beisser teilt mit, der Antrag seiner Fraktion unterscheide sich insbesondere dadurch, dass man für die Kinder nicht nur die Einwegwindeln berücksichtige, sondern sich auch Gedanken gemacht habe, dass es sinnvoll wäre, ersatzweise Mehrfachwindeln zu nehmen. Da neben der Anschaffung nicht unbeträchtliche Kosten für das Waschen anfielen, beantrage seine Fraktion, eine einmalige Prämie von 25,00 DM für die Erstanschaffung sowie einen Zuschuss von 14,00 DM monatlich für das Waschen zu gewähren. Man müsse dabei berücksichtigen, dass bei der Benutzung von Einwegwindeln eine Abfallmenge von ca. 1.500 kg pro Kind und Wickelphase anfalle. Seine Fraktion beantrage, kostenlos zwei Abfallsäcke pro Monat à 30 l zu stellen oder eine Gebührenbefreiung in dieser Höhe zu gewähren.

Bei Personen, die an Inkontinenz litten, solle nach Vorlage einer fachärztlichen Bescheinigung monatlich bis zu 100 kg Müll kostenlos entsorgt werden. Lt. Schreiben der Ev. Diakoniestation fielen diese Mengen pro Monat an.

Als Ergänzung fordere seine Fraktion die Gestellung einer zusätzlichen Tonne für die Inkontinenzkranken, weil dieser Müll Platz wegnehme und eine wöchentliche Müllabfuhr aus Gründen der Anonymität nicht infrage komme.

Herr Bongartz erklärt, die von seiner Fraktion gestellten Anträge gingen darauf zurück, dass sich die Bürger intensiv mit den Problemen auseinandergesetzt und ihre Wünsche an die Politiker herangetragen hätten. Bei den Kleinkindern entspreche die Verwaltung dem Antrag seiner Fraktion. Bezüglich der Inkontinenzkranken sei man der Auffassung, dass die gebührenfreie Abfallgrenze auf 80 kg erhöht werden sollte, weil die anfallenden Mengen verdeutlicht worden seien, besonders in den schwerwiegenden Fällen.

Mit einer Stufenregelung, wie von der SPD vorgeschlagen, könnte man leben. Allerdings sollte für diesen Personenkreis auf Antrag eine wöchentliche Abfuhr möglich sein, weil die im Bereich der Inkontinenz anfallenden Mengen an Windeln nicht über 14 Tage in der Tonne verbleiben könnten, da insbesondere im Sommer unangenehme Gerüche entstünden.

Ferner habe man beantragt zu überprüfen, ob die Sperrmüllabfuhr der AAGE übertragen werden könnte, um sie evtl. kostengünstiger gestalten zu können.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Frau Everwien berichtet, ihre Fraktion habe sich ebenfalls intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und sei sich darin einig, dass der Vorschlag der Verwaltung nicht tragbar sei, weil doch größere Mengen an Müll anfielen. In Gesprächen mit Betroffenen und mit Ärzten sei bestätigt worden, dass es mehrere Grade der Krankheit gebe, nämlich leichte, schwere und volle Inkontinenz.

Deshalb habe man den Antrag gestellt, die Gebührenfreiheit in zwei Stufen einzuräumen. Dies dürfte von der Abrechnung her keine Probleme geben, da eine individuelle Prüfung möglich sei, wobei jedoch die Anonymität gewahrt bleiben müsse.

Von daher habe ihre Fraktion bezüglich der wöchentlichen Müllabfuhr Bedenken, weil dann offenkundig werde, dass Inkontinenzkranke im Hause seien. Was das Volumen angehe, so sei es seitens des BEE machbar, eine zweite Tonne zur Verfügung zu stellen, wenn dies von den Kranken gewünscht werde. Mit der Überprüfung der Übertragung der Sperrmüllabfuhr auf die AAGE sei man einverstanden.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass bei Einführung einer dritten Schicht die ganze Kalkulation nicht mehr stimme und man ziemlich bald mit Gebührenerhöhungen kommen müsse. Im Übrigen könne auch die Kommune nicht für alles verantwortlich sein. Es müsse die Möglichkeit geben, in einem bestimmten Bereich auf dünne Säcke auszuweichen, die man verschließen könne und die nicht so teuer seien. Es sei bezweifelt worden, insbesondere von Herrn Bolinius, dass die Verwaltung das Wiegesystem bis zum Ende des Jahres hinbringe. Er könne nur sagen, das System stehe ohne Wenn und Aber.

Er möchte heute die Gelegenheit nutzen, um allen beteiligten Mitarbeitern, insbesondere im Fachdienst Finanzen und Abgaben sowie beim BEE, die teilweise bis zur Erschöpfung gearbeitet hätten, um die Voraussetzungen für die Einführung dieses Systems zu schaffen und die unzähligen Fragen am Telefon zu beantworten, seinen Dank auszusprechen. Es sei etwas geleistet worden, was sich sehen lassen könne. Auch der öffentliche Dienst sei dazu in der Lage.

Herrn Grigull interessiert, wann die von der Verwaltung angekündigten Informationen zur Kompostierung herausgegeben würden. Manche Bürger wüssten noch nicht damit umzugehen.

Herr Brinkmann erwidert, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe dazu einen Antrag gestellt, der allerdings heute noch nicht auf der Tagesordnung sei, sondern zunächst im zuständigen Stadtplanungsausschuss behandelt werde. Er gehe davon aus, dass bis zur nächsten Ratssitzung ein entsprechender Vorschlag vorliege.

Herr Renken führt aus, eines der Argumente für die Einführung dieses Systems sei gewesen, dass man den Bürgern eine weitere größere Gebührenerhöhung wie in der Vergangenheit ersparen wolle. Das System sei auf dem Verursacherprinzip aufgebaut, was nur mit gewissen Einschränkungen funktioniere, denn die Haushalte, die nicht in der Lage seien, die biologischen Bestandteile des Mülls zu kompostieren, hätten erhebliche Nachteile. Der Anreiz zur Müllverminderung liege darin, dass man auf die eigene Kompostierung umsteige. Von daher funktioniere die Anreizfunktion nur begrenzt.

Die Windelregelung für Kleinkinder sei sehr weitgehend und mit Sicherheit ein Zugeständnis, um die Akzeptanz des Wiegesystems zu erhöhen. Sie sollte so beschlossen werden. Die Regelung bezüglich der Inkontinenzkranken sei seiner Meinung nach sehr begrenzt. In Telefongesprächen seien ihm gegenüber ebenfalls Bedenken bezüglich der Menge und des Gestanks, vor allem im Sommer, geäußert worden. Man sollte deshalb mit der Zweistufenregelung beginnen und es zunächst bei der 14tägigen Abfuhr belassen, um dann im Sommer, wenn die Situation unzumutbar werde, flexibel reagieren zu können. Dies dürfte nicht zu einer gewaltigen Kostenerhöhung führen.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Herr Bongartz weist ergänzend darauf hin, dass auch Patienten mit einem Seitenausgang wie die Inkontinenzkranken behandelt werden sollten. Das sei auf der Veranstaltung zugesichert worden, und daran sollte man sich halten.

Herr Brinkmann erwidert, man werde sehr feinfühlig mit bestimmten Dingen umgehen. Er gehe davon aus, dass man die Probleme lösen werde.

Auf Rückfrage von **Frau Kaune** erklärt **Herr Brinkmann**, dass Gespräche mit den Altenheimen geführt würden und auch dort eine Regelung gefunden werde.

Herr Bolinius ist ebenfalls von vielen Leuten angerufen worden, wonach eine wöchentliche Abfuhr nicht im Sinne der meisten Kranken sei. Wenn man Plastiksäcke vernünftig zubinde, könne der Geruch nicht nach außen dringen. Mit der Bereitstellung eines zweiten Müllgefäßes sei ein guter Schritt getan.

Herr Bongartz betont, es solle nicht zwangsläufig eine wöchentliche Abholung erfolgen, sondern nur die Möglichkeit eröffnet werden, davon Gebrauch zu machen, wenn man es für erforderlich halte.

Frau Everwien ist guten Mutes, dass man die Probleme dann lösen könne, wenn sie anstünden. Sie glaube auch nicht, dass das alles so öffentlich gemacht werde. Man müsse jeweils klären, wie viele Haushalte und Personen betroffen seien.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über die Anträge abstimmen.

Windelsäcke:

Antrag der F.D.P.-Fraktion:

Bezuschussung bei der Benutzung von Baumwollwindeln von 14,00 DM pro Monat und Zahlung einer einmaligen Prämie für die Erstanschaffung von 25,00 DM

Kostenlose Gestellung von monatlich 2 Abfallsäcken mit einem Volumen von 30 l pro Sack bis zum 30. Lebensmonat

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Dafür: 2
Enthalt.: 3

Anträge der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion:

Änderung der vorgeschlagenen Regelung von 30 auf 36 Monate

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen
Dagegen: 2

Inkontinenzkranke:

Antrag der F.D.P.-Fraktion:

Kostenlose Entsorgung von 100 kg Müll monatlich

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Dafür: 2

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Antrag der CDU-Fraktion:

Erhöhung der gebührenfreien Abfallgrenze von 20 kg auf 80 kg

Der Antrag wird zurückgezogen. Die CDU-Fraktion schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an.

Antrag der SPD-Fraktion:

Gebührenfreiheit in zwei Stufen - 30 kg erste Stufe und 80 kg zweite Stufe

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen
Dagegen: 2

Weitere Anträge der CDU-Fraktion:

Wöchentliche Abfuhr auf Antrag

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Dafür: 8

Überprüfung der Möglichkeit, die Sperrmüllabfuhr auf die AAGE zu übertragen

Ergebnis: einstimmig angenommen

(Herr Hegewald verlässt die Sitzung.)

Abweichender

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, wegen der Einführung des Wiegesystems zum 01.01.2001 zur freiwilligen Regelung von Sonderfällen wie folgt zu verfahren:

- a) Haushalten mit Kleinkindern werden pro Monat bis zum Alter von 36 Monaten des Kindes zwei Windelsäcke ausschließlich zur Entsorgung von Einmalwindeln zur Verfügung gestellt. (2 Windelsäcke pro Lebensmonat des Kindes).
- b) Inkontinenzkranken mit ärztlicher Bescheinigung wird auf Antrag pro Monat eine Gutschrift über **30 kg (1. Stufe) und 80 kg (2. Stufe)** gewogene Restmüllmenge gewährt.

Ergebnis: einstimmig
Enthalt.: 2

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Punkt 23: Vorlage 13/1409
Zusammenfassung der Straßen im Baugebiet G 8 A (Wybelsum) zu einer Erschließungseinheit

Beschluss: Die im Baugebiet G 8 A (Wybelsum) geplanten Straßen (Planstraßen A bis E) werden zur gemeinsamen Aufwandsermittlung zu einer Erschließungseinheit gemäß § 130 Abs. 2 des Baugesetzbuches zusammengefasst.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 24: Vorlage 13/1395
Benennung von Straßen im Baugebiet D 57
2. Änderung (Gewerbegebiet Kaiser-Wilhelm-Polder)

Beschluss: Die im Baugebiet D 57 2. Änderung neu entstehenden Straßen werden wie folgt benannt:

Planstraße A **Butjadinger Straße**

Planstraße B **Stedinger Straße**
(Verlängerung der Stedinger
Straße in südwestl. Richtung)

Ergebnis: einstimmig

Punkt 25: Vorlage 13/1403
Benennung von Straßen im Baugebiet D 125
2. Änderung (Stadtteil Wolthusen)

Beschluss: Die im Baugebiet D 125 2. Änderung neu entstehende Straße wird einheitlich

"Am Pferdekamp"

benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 26: Vorlage 13/1411
Umbenennung der Straße "Zum Flugplatz"
(Bebauungsplan D 24 C II. Abschnitt - Gewerbegebiet Harsweg)

Abweichender

Beschluss: Die im Baugebiet D 24 C II. Abschnitt liegende Straße "Zum Flugplatz" wird in

Jan-J.-Janssen-Straße

umbenannt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Punkt 27: Vorlage 13/1373
Einrichtung neuer Fachklassen an den Berufsbildenden Schulen II

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen II werden Fachklassen in den Ausbildungsberufen

- Informationselektroniker/innen (Einzugsbereich Stadt Emden, Landkreis Aurich, Landkreis Leer, Landkreis Wittmund) - zum Beginn des Schuljahres 2000/ 2001
- Mediengestalter/innen für Digital- und Printmedien (Einzugsbereich Stadt Emden, Landkreis Aurich, Landkreis Leer, Landkreis Wittmund, Landkreis Emsland - nur Altkreis Aschendorf) - zum Beginn des Schuljahres 1998/1999
- Mechatroniker/innen (Einzugsbereich Stadt Emden)
- zum Beginn des Schuljahres 2000/2001

eingrichtet. Die erforderliche schulbehördliche Genehmigung nach § 106 Abs. 6 NSchG ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 28: Vorlage 13/451/1
Verlängerung des Schulversuches "Sekundarschule" an der Hauptschule mit Orientierungsstufe Dollartschule

Abweichender Beschluss: Der Rat beschließt, beim Nds. Kultusministerium die Verlängerung des Schulversuches "Sekundarschule" bzw. die Weiterführung der "Sekundarschule" an der Hauptschule mit Orientierungsstufe Dollartschule gemäß § 182 NSchG zum 01.08.2002 zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 29: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1379
Bericht der Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft m.b.H. (WRG) über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 1999 des Hans-Susemihl-Krankenhauses

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Vorlage 13/1378
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1999 der Volkshochschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

3. Vorlage 13/1425
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1999 der Musikschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- - - - -

4. **Herr Brinkmann** teilt mit, von allen Seiten habe es den Wunsch gegeben, die Ausschussarbeit transparenter zu machen. Deshalb solle ab dem 01.01.2001 wie folgt verfahren werden:
1. Im Eingangsbereich des Verw.-Geb. I wird an der Litfaßsäule ein Plan mit den Sitzungsterminen des jeweiligen Monats ausgehängt (Neu!).
 2. Auf die öffentlichen Sitzungstermine einer Woche wird durch eine amtliche Bekanntmachung am Samstag der Vorwoche in der Emdener Zeitung und in der Ostfriesen-Zeitung incl. Tagesordnung hingewiesen (wie bisher). Die Tagesordnungen werden ebenfalls im Internet und durch Aushang im Bekanntmachungskasten im Verw.-Geb. I veröffentlicht (wie bisher).
 3. Die Sitzungsvorlagen liegen 1 Woche vor dem jeweiligen Sitzungstermin beim Info-Schalter des Bürgerbüros zur Einsichtnahme aus (Neu!).
 4. Es ist das Bestreben, sobald die Voraussetzungen geschaffen sind, alle Sitzungsvorlagen, die nicht vertraulich sind, ebenfalls ins Internet einzustellen.

Anfragen der Zuhörerinnen und Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.45 Uhr.